

1. L'autorité communique immédiatement sa décision aux parties. Elle indique la répartition des voix lors de la prise de décision et donne un bref exposé des motifs de celle-ci.
2. Après que les parties en ont pris connaissance, elle publie sa décision. La répartition des voix et le même bref exposé des motifs sont également communiqués aux médias.
3. Un exposé circonstancié des motifs, pouvant servir aux parties à former le cas échéant un recours de droit administratif auprès du Tribunal fédéral, doit être remis aux parties au plus tard trois mois après que la décision a été prise.
4. Si une émission est contestée par plus d'une personne, les arguments invoqués étant différents mais donnant tous le droit, aux termes de l'article 62 de la loi, de déposer une plainte auprès de l'autorité, celle-ci tient compte de la pluralité des plaintes, notamment dans l'information qu'elle fournit aux médias.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Keine – Aucun

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Beschwerden gegen Sendungen von Radio und Fernsehen stossen in der Öffentlichkeit regelmässig auf grosses Interesse. Entsprechend hat die Information über die Entscheide der UBI ohne Verzug, unparteiisch und mit Sorgfalt zu erfolgen. In dieser Beziehung ist die gegenwärtige Praxis, wie aus den folgenden Anmerkungen zu den einzelnen Ziffern meines Postulates ersichtlich ist, unbefriedigend. Handlungsbedarf für eine Ergänzung von Artikel 57ff. des RTVG scheint mir deshalb klar gegeben zu sein. Eventuell genügt es aber bereits, wenn der Bundesrat im Sinne dieses Postulates eine Änderung des Geschäftsreglements der UBI vornehmen lässt. Gemäss Artikel 59 RTVG obliegt die Genehmigung dieses Reglements dem Bundesrat. Damit steht ihm auch die Kompetenz zur Anordnung von Reglementsänderungen zu.

1. Am 27. August 1993 hat die UBI den Entscheid über eine Beschwerde gefällt, die eine Sendung von Fernsehen DRS vom 10. Mai 1993 (Truppenvergleich Schweiz/Deutschland) betraf und unabhängig voneinander von drei Personen beanstandet worden ist. Am 16. Februar 1994, also erst ein halbes Jahr später, hat die UBI den beteiligten Parteien den Entscheid eröffnet.

Diese lange Frist ist inakzeptabel. Das öffentliche Interesse an der Beschwerde, die in einem engen Zusammenhang mit der Volksabstimmung vom 6. Juni 1993 über die Beschaffung von neuen Kampfflugzeugen stand, hat in der Zwischenzeit nachgelassen. Zudem wird der Möglichkeit, die eine oder andere Seite vorgängig durch Indiskretion über den Entscheid zu informieren und ihr damit einen Vorteil zu verschaffen, Tür und Tor geöffnet. Mit einer unverzüglichen Bekanntgabe des Entscheids wird diesem Missbrauch ein Riegel geschoben.

Aus Gründen der Transparenz, was bei Entscheiden über Sendungen von öffentlichen Medien geradezu in der Natur der Sache liegt, sollte die UBI auch das Abstimmungsverhältnis bekanntgeben, wie dies bei vielen anderen Gerichten gang und gäbe ist. Auch hier ist der «Gerüchteküche» durch sorgfältige Information Vorschub zu leisten.

2. Nach gängiger Praxis wird die Öffentlichkeit durch die SRG informiert. Vor allem wenn der Entscheid zu ihren Gunsten ausfällt, sucht sie möglichst rasch den Weg an die Öffentlichkeit. Da die Mitteilung aus Platzgründen den Sachverhalt und die Erwägungen der UBI nur in abgekürzter Form wiedergeben kann, fällt die Kürzung in der Regel willkürlich aus, wenn sie von einer Partei vorgenommen wird.

Im vorstehend erwähnten konkreten Fall musste einer der drei Beschwerdeführer den Entscheid der Presse entnehmen. Er befand sich auf dem Rückflug aus den Ferien und entdeckte den Entscheid «seines Falles» in einer im Flugzeug ausgeteilten Zeitung. Die Mitteilung trug klar den Stempel der Einseitigkeit. Wäre aus der Mitteilung zumindest auch hervorgegangen, dass der Entscheid von der UBI mit dem knappsten aller Resultate gefällt worden war und somit fast Zufallscharakter aufwies, so hätte der Gesamteindruck eine differenziertere Gewichtung erfahren.

Es sollte meines Erachtens der UBI durchaus zumutbar sein, die Medienmitteilung im Sinne dieses Postulates selber abzu-

fassen. Mit der Veröffentlichung wäre so lange zuzuwarten, bis der Entscheid bei allen Parteien eingetroffen und dessen Empfang quittiert worden ist.

3. Es ist begreiflich, dass die redaktionelle Begründung eines UBI-Entscheides noch einer gewissen Zeitspanne bedarf. Eine Frist von einem halben Jahr – wie in vorliegendem Fall – ist aber inakzeptabel. So oder so sind die Abfassung einer summarischen Kurzbegründung und ihre Abtrennung von der vertieften Hauptbegründung aber wünschbar und liegen im Interesse der öffentlichen Information.

4. Dieser Teil des Postulates steht wiederum in direktem Zusammenhang mit dem vorliegenden konkreten Fall. Zwei der drei Einsprecher hatten weitere Aspekte und Segmente der betreffenden TV-Sendung vom 10. Mai 1993 beanstandet. Der Ombudsmann fasste – offensichtlich aus zeitökonomischen Gründen – alle drei Beanstandungen in einem einzigen Schlussbericht zusammen. Das veranlasste die drei Einsprecher in der Folge aus den gleichen Gründen zu einer gemeinsamen Beschwerde an die UBI, allerdings in der Absicht, im weiteren Verlauf des Verfahrens würden von Amtes wegen die nötigen Differenzierungen bezüglich Urhebererschaft schon beachtet werden.

Das war dann, vermutlich in Ermangelung eines entsprechend differenzierenden Geschäftsreglementes, nicht der Fall. Mit offensichtlichem Genuss schob die SRG in ihrer Medieninformation alle Beschwerdepunkte dem Erstunterzeichner zu.

Wäre die UBI selber zur Publikation ihres Entscheides verpflichtet gewesen, so hätte sie zweifellos für die notwendige Differenzierung gesorgt. Für den Fall der Behandlung von mehrfachen Beanstandungen und Beschwerden weist das bestehende Regelwerk somit eine Lücke auf, die es zu schliessen gilt.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates

vom 19. September 1994

Déclaration écrite du Conseil fédéral

du 19 septembre 1994

Der Bundesrat ist bereit, das Postulat im Hinblick auf die nächste Revision des RTVG als Prüfungsauftrag entgegenzunehmen.

Überwiesen – Transmis

94.3267

Postulat Leu Josef

**Lesbarkeit
von amtlichen Texten und Erlassen
Textes légaux et administratifs.
Lisibilité**

Wortlaut des Postulates vom 16. Juni 1994

Gestützt auf den Bericht der parlamentarischen Redaktionskommission vom 22. September 1992 zur sprachlichen Gleichbehandlung der Geschlechter in der Gesetzessprache und auf den Bundesratsbeschluss vom 7. Juni 1993 über die Gleichbehandlung von Frau und Mann in der Gesetzes- und Verwaltungssprache wird von der Verwaltung ein «Leitfaden zur sprachlichen Gleichbehandlung im Deutschen» ausgearbeitet. Ich bitte den Bundesrat, dafür zu sorgen, dass die in diesem Leitfaden formulierten Richtlinien die Lesbarkeit von amtlichen Texten und Gesetzen nicht beeinträchtigen.

Texte du postulat du 16 juin 1994

Sur la base du rapport de la Commission parlementaire de rédaction du 22 septembre 1992 sur la formulation non sexiste des textes législatifs et de la décision du Conseil fédéral du

7 juin 1993 relative à la formulation non sexiste dans les textes légaux et administratifs, l'administration élabore un guide de la formulation non sexiste en allemand. Je prie le Conseil fédéral de veiller à ce que les règles énoncées dans ces directives ne nuisent pas à la lisibilité des textes officiels et des textes législatifs.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Baumberger, Bürgi, Engler, Iten Joseph, Jäggi Paul, Keller Anton, Kühne, Raggenbass, Segmüller (9)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit
Die Bemühungen um die Gleichstellung von Mann und Frau, die berechtigt und zu unterstützen sind, haben in der Anwendung der deutschen Sprache zu zahlreichen künstlichen und gequälten Wendungen geführt. Die konsequente Doppelnennung beider Geschlechter führt beispielsweise in Gesetzestexten zu unmöglichen sprachlichen Formulierungen, die die Lesbarkeit massiv erschweren, wenn nicht gar verunmöglichen. Diese Sprachanwendung lässt ausser acht, dass zahlreiche Begriffe nicht eine geschlechtliche, sondern eine übergeordnet menschliche Bedeutung haben. Dies wird auch dadurch nicht widerlegt, dass die Sprache tatsächlich für das übergeordnete Ungeschlechtliche in der Mehrheit der Fälle die maskuline Form wählt. Durch die konsequente Einführung der weiblichen und männlichen Form – beispielsweise in Gesetzestexten – wird der Sexismus nicht etwa, wie viele meinen, aus der Sprache entfernt, sondern er wird vielmehr in die Sprache eingeführt; durch diese Sprachanwendung wird der allgemeine Mensch aus der deutschen Sprache gestrichen. Der Irrtum, der dieser Sprachzerstörung zugrunde liegt, besteht in der Gleichstellung von grammatikalischer Form und Realität. Der sexistische Angriff auf die deutsche Sprache läuft auf ein Verbot all jener Vokabeln heraus, die sich zwar ganz klar von einem maskulinen Wort ableiten lassen, aber ebenso klar übergeschlechtlich gemeint sind, wie etwa Mensch, man, jeder, niemand, wer usw. Ich bitte den Bundesrat, dafür zu sorgen, dass die verwaltungsinternen Richtlinien so formuliert werden, dass die Lesbarkeit von amtlichen Texten und Gesetzen nicht beeinträchtigt wird.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates vom 19. September 1994

Déclaration écrite du Conseil fédéral du 19 septembre 1994

Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Präsidentin: Der Vorstoss wird von Frau Bär bekämpft. Die Diskussion wird verschoben.

Verschoben – Renvoyé

94.3197

Interpellation de Dardel Bedrohte Demokratie in Senegal Recul de la démocratie au Sénégal

Wortlaut der Interpellation vom 2. Juni 1994

1. Hat der Bundesrat kritisch zur Kenntnis genommen, dass heute in der Republik Senegal die Demokratie schwerwiegend gefährdet ist?
2. Ist er bereit, in den Beziehungen der Schweiz zu Senegal angesichts der schweren Verletzungen der Menschenrechte durch das Regime von Präsident Diouf die Konsequenzen zu ziehen?
3. Ist er bereit, zugunsten der oppositionellen senegalesischen Parlamentarier, welche unter Verletzung der ihnen

durch die senegalesische Verfassung garantierten Immunität verhaftet wurden und strafrechtlich verfolgt werden, zu intervenieren, um sie vor weiterer gerichtlicher Verfolgung zu schützen? Ist er auch bereit, für jene 150 Personen zu intervenieren, die seit den Demonstrationen vom Februar 1994 verhaftet und verfolgt wurden?

Texte de l'interpellation du 2 juin 1994

1. Le Conseil fédéral a-t-il fait l'analyse du très important recul démocratique qui affecte actuellement la République du Sénégal?
2. Est-il prêt, dans les relations de la Suisse avec le Sénégal, à tirer les conséquences des graves violations des droits de l'homme qui sont commises par le régime du président Diouf?
3. Est-il disposé à intervenir pour que les parlementaires de l'opposition sénégalaise, arrêtés et poursuivis pénalement, en violation de leurs immunités parlementaires garanties par la Constitution sénégalaise, soient libérés de toutes poursuites judiciaires? Est-il disposé aussi à intervenir en faveur des 150 personnes arrêtées et poursuivies après les manifestations de février 1994?

Mitunterzeichner – Cosignataires: Aguet, Herczog, Rechsteiner, Ziegler Jean (4)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Le Sénégal, dans l'image qu'il aime donner au monde, veut représenter une démocratie pluraliste et parlementaire. La réalité politique de ce pays est malheureusement beaucoup moins brillante. De sérieuses bavures affectent le fonctionnement démocratique de ce pays. Ainsi, l'élection présidentielle en 1993 a-t-elle été entachée de fraudes électorales massives. Avec le mouvement indépendantiste en Casamance et, maintenant, avec les mouvements sociaux de mécontentement populaire consécutifs à la dévaluation (de 100 pour cent) du franc CFA, le pays vit des heures difficiles. Après des troubles et des violences à Dakar, en février 1994, le régime a fait arrêter trois parlementaires d'opposition, sans pouvoir établir contre eux des charges précises et surtout sans même solliciter la levée de leurs immunités parlementaires, pourtant garanties par la Constitution sénégalaise. 150 autres personnes ont été arrêtées en février 1994. Certaines d'entre elles ont été soumises à la torture, pratique que les autorités gouvernementales avaient déjà toléré antérieurement lors de la répression en Casamance. Un détenu des événements de février 1994 est même mort sous la torture.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 24. August 1994

Rapport écrit du Conseil fédéral du 24 août 1994

1. Depuis son indépendance, le Sénégal bénéficie effectivement d'une réputation flatteuse pour ce qui concerne son régime politique et le respect des droits de l'homme. Il la doit à la politique menée par le président Senghor, qui a démocratiquement passé le témoin en 1981 à son successeur, Abdou Diouf. Celui-ci a permis l'institution du multipartisme intégral au Sénégal. Les libertés fondamentales (association, religion, expression et opinion, presse) sont reconnues et généralement garanties. La presse, notamment, peut exprimer des vues très critiques à l'endroit du pouvoir. La tolérance religieuse est aussi remarquable dans un pays dont 94 pour cent de la population est musulmane. Des violations des droits de l'homme ont toutefois été dénoncées à plusieurs reprises, notamment dans le contexte de la lutte contre les rebelles de Casamance. Si ces accusations ne semblent pas avoir été dénuées de fondement, il convient de relever que, durant ce conflit, ce sont plus aux forces insurgées qu'à l'armée sénégalaise, généralement disciplinée, qu'ont été imputés des cas de viols, de tortures et d'exécutions extrajudiciaires. Dès lors, il serait excessif de parler de violations systématiques des droits de l'homme dans ce contexte.

Postulat Leu Josef Lesbarkeit von amtlichen Texten und Erlassen

Postulat Leu Josef Textes légaux et administratifs. Lisibilité

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1994
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	17
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	94.3267
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	07.10.1994 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1912-1913
Page	
Pagina	
Ref. No	20 024 583

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.